

## Briefe-Energie-2012

Briefe und Aufsätze zum Thema Energie, insbesondere Strom.

Um niemand mit der Wiederholung gleicher Textpassagen zu langweilen, sind diese in den einzelnen Skripts weitgehend entfernt.

### **Brief an Frau Maibrit Illner, Bezug nehmend auf die Sendung vom 25.10.12**

Bei ihrer letzten Diskussionsrunde über die Probleme der Stromversorgung am 25.10.12 hat mich überrascht wie schlecht die Teilnehmer, abgesehen von Herrn Trittin auf das Thema vorbereitet waren aber auch, dass sie die brennenden Probleme beiseitegelassen haben. Ohne dass jemand widersprach, unbemerkt von der Runde, und was viel schlimmer ist, zwangsläufig unbemerkt auch von den Zuschauern, konnte J. Trittin Argumente ins Gegenteil verkehren und teilweise groteske Behauptungen aufstellen, z.B. nichtregulierbare Kohlekraftwerke blockierten Leitungen für Windstrom. Da sie sicherlich noch öfter Diskussionen zu diesem Thema führen werden, übermittle ich ihnen nachstehend meine Bedenken und die ihnen zu Grunde liegenden Fakten. Ich bin kein Lobbyist und bin und war auch in den letzten 10 Jahren in keinem Kontakt oder sonstwie Verbunden mit einer interessierten Seite.

Es gibt keine plausible Begründung für die Produktion von Strom aus Wind und Sonne.

1. Eine bedarfsgerechte Produktion ist nicht möglich, weil sie zeitlich und quantitativ nicht steuerbar ist.
2. Wirtschaftlich vertretbare Speichermöglichkeiten gibt es nicht.
3. Durch die zeitgleich vorzuhaltenden konservativen Produktionsmittel ist eine nennenswerte CO<sub>2</sub>-Einsparung nicht erkennbar.
4. Versorgungssicherheit ist nicht erreichbar.
5. Die immensen zusätzlichen Kosten sind für die Volkswirtschaft nicht zumutbar und nicht zu begründen.
6. Für den Ausstieg aus der Stromproduktion durch Kernkraft ist eine Produktionsumstellung auf Wind- und Sonnenkraft nicht notwendig und auch keine Alternative.

Dazu Folgendes:

Strom kann in Deutschland wetterbedingt aus Wind in maximal 20% der Zeit und Strom aus Photovoltaikanlagen in maximal 10% der Zeit erzeugt werden. Durch die teilweise Gleichzeitigkeit der Produktion können sie gemeinsam nur in maximal 25% der Zeit Strom liefern. Selbst wenn es gelänge, die Produktionskosten für die nichtsteuerbare Stromerzeugung aus Wind und Sonne auf das Niveau der konservativen Stromerzeugung zu senken, wovon aber nicht ausgegangen werden kann, wäre Strom aus Wind und Sonne trotzdem nicht wettbewerbsfähig. Wegen der wetterbedingten Produktionsausfälle in ca. 75% der Zeit muss der Strombedarf für die wind- und sonnenlose Zeit in Speichern zwischengelagert werden und diese erheblichen Zusatzkosten würden unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zerstören. Die einzige existierende in Deutschland in großem Umfang technisch realisierbare Speichermöglichkeit, -Strom - Wasserstoff - Gas - Strom-, arbeitet mit 2/3 Verlust, hinzu kommen Investitions- und Handlungskosten. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht, der Kosten wegen, nicht zu realisieren. Pumpspeicherwerke scheiden schon allein wegen der deutschen Topographie aus. Die Eigenwerbung von E.ON mit Hilfe Ihrer Speicheraktivitäten, jedoch ohne Kostenhinweis ist einfach nur peinlich.

Am 30.5.12 bestätigte mir Frau Puttrich, die hessische Umwelt- und Energieministerin in einer Diskussion die Richtigkeit der vorstehend von mir genannten Proportionen und Zahlen, sie widersprach jedoch meiner Einschätzung, dass mit Hilfe der diskutierten Speichermethode nicht doch noch eine Wirtschaftlichkeit erreicht werden könne. Herr Minister Dr. Altmaier bestätigt mir ebenfalls die genannten Proportionen durch Kopfnicken am 23.8.12 bei einer Diskussion in der Frankfurt-School of Finance.

Am 21.4.2011 schreibt die Bundesregierung in einer Förderinitiative Energiespeicher: „Leider stehen den notwendigen Fortschritten auf dem Gebiet Energiespeicher vielfältige und nach wie vor zum Teil grundlegende technologische Hürden entgegen.“

Da es keine praktikablen Speichermöglichkeiten gibt und in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten sind, müssen alternativ zum Speichern die wetterbedingten Produktionszeitlücken, ca. 75% des Strombedarfs, durch konservative Stromerzeugung mit Kohle und Gas geschlossen werden. Deshalb sind auch die Themen Klima und CO<sub>2</sub> aus dem Diskurs verschwunden. Diese Kraftwerke müssen jedoch ca 25% der Zeit, wegen des Vorrangs von Wind- und Sonnenstrom, wegen der nicht steuerbaren Produktionszeiten, Stand-by, ohne zu produzieren, mitlaufen. Dem Betreiber muss der Ausfall, zu Lasten der Verbraucher, vergütet werden, was ähnliche Preissteigerungen verursacht, wie Speicherkosten sie verursachen würden, wenn es welche gäbe.

Die Folgen treffen die Branchen unterschiedlich hart, zumal kleinere Intensivverbraucher von der Freistellung von der EEG-Umlage ungerechterweise ausgeschlossen sind. Da jedoch die deutsche Wirtschaft erheblich verzahnt ist, oft ist der eine des anderen Vor- oder Zulieferant, sind Prognosen bezüglich der einzelnen Branchen und des gesamten Schadens nicht möglich. Eine schleichende Abwanderung von Arbeitsplätzen ist jedoch eine unvermeidbare Folge, parallel zum Schrumpfen der gesamten Volkswirtschaft.

Unabhängig von der Stromkostenentwicklung ist der weitere Ausbau der Windkraft und der Photovoltaikanlagen schon deshalb falsch, weil es sinnlos ist, ohne Stromspeicher Strom über den Bedarf hinaus zu produzieren. Niemand auf der Welt wird Deutschland Strom zu den Vergütungssätzen des EEG-ErneuerbareEnergienGesetz abkaufen. Die Verwertung/Verkauf einer Produktion über den produktionszeitgleichen Bedarf hinaus ist in jedem Fall verlustbehaftet und oft nur zu negativen Strompreisen möglich. Nicht die Lieferung, sondern die Abnahme muss bezahlt werden, und zwar bis zum ca. 8fachen des Marktpreises, was bei den deutschen Verbrauchern über die EEG-Umlagen zu zusätzlichen Belastungen führt. Sonne und Wind können keine Alternative zur steuerbaren Stromerzeugung werden.

Die durch die EEG-Umlage entstehende zusätzliche Kostenbelastung der privaten Haushalte und die durch die Strompreissteigerungen initiierten Preissteigerungen aller Produkte und Leistungen, auch des privaten Bedarfs, entziehen den Bürgern Kaufkraft und beschränken damit die Entwicklung der Volkswirtschaft. Die Belastungen der privaten Haushalte durch die Produkt- und Leistungspreiserhöhungen gehen weit über die Mehrbelastung auf der Stromrechnung hinaus.

Herr Yogeshwar erzählte von hinsichtlich ihrer Stromversorgung autarken Gemeinden und hofft durch Vorantreiben dieses Modells den Fernleitungsausbau reduzieren zu können. Durch Wind- und Sonnenstrom kann keine Gemeinde zum Selbstversorger werden. Sie können in 25% der Verbrauchszeit 100% des Stromverbrauchs und mehr produzieren. Also müssen in 25 % der Zeit der als Überschuss produzierte Strom abtransportiert werden und in 75% der Zeit der Strombedarf anderweitig gedeckt werden. Dafür werden mehr Netze gebraucht, nicht weniger. Zur Versorgungssicherheit wird der nationale und internationale Netzverbund gebraucht.

Die Bundeskanzlerin bittet um Verständnis für 5.3 Cent Umlage und sagt, „im Vergleich zu Öl und Gas sei die Preissteigerung nur halb so groß“. Nirgendwo lese oder höre ich den Hinweis, dass Öl- und Gaspreise ein internationales Problem sind, das weltweit alle Wettbewerber deutscher Unternehmen trifft. Diese Entwicklung ist wettbewerbsneutral. Der Strompreis in Deutschland ist mittlerweile aber fast doppelt so hoch, wie für die Wettbewerber im Ausland. Der Öl- und Gaspreis ist für Deutschland unbeeinflussbares Schicksal, der Strompreis ist aber von der Bundesregierung gemacht, nur von ihr zu verantworten. Es erschreckt mich, wenn sich die Bundeskanzlerin fest auf die Unwissenheit

der deutschen Bevölkerung verlassen kann und selbst sie es nicht aufdecken. Normalerweise müssten sich Presse, TV und Rundfunk auf so eine Vorlage stürzen, um die Kanzlerin zu berichtigen.

Die Freistellung von Intensivstromverbrauchern (nicht zu verwechseln mit Großverbrauchern) von der EEG-Umlage zur Sicherung deren sowohl nationaler als auch internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist zwingend erforderlich und wurde schon zu Recht von Rot/Grün ins Gesetz geschrieben. In Zukunft, mit zunehmendem Abstand zu den europäischen Strompreisen, wird der Kreis der Begünstigten zur Rettung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schrittweise erweitert werden müssen. Alle Sonderregeln, die sich mittlerweile um das EEG ranken, sind der Beweis für die Unsinnigkeit dieses Gesetzes. Das EEG ist ein der Hydra gleiches Gesetz, wie fast immer in der Planwirtschaft. Weil der Markt Fehlentwicklungen nicht verhindern darf, müssen fortlaufend negative Folgen repariert werden, wobei die Reparaturen neben den gewünschten Folgen wiederum negative Nebenwirkungen zeigen, die repariert werden müssen. So wird das weiter gehen. Z.B. sollen unrentable Kraftwerke nicht schließen dürfen. Sehr große Verbraucher sollen zum Abschalten gezwungen werden können.

Noch wichtiger als die Sorge um die Bezahlbarkeit des Stroms ist darüber nachzudenken, was sonst alles in der Volkswirtschaft mit den bis jetzt von der Sonne verbrannten und vom Wind verwehten vermutlich annähernd 200 Milliarden € hätte bewegt werden können. Diese seit 10 Jahren wachsende Last hat die Volkswirtschaft bereits erheblich gedrosselt und wird sie immer stärker drosseln, und wenn kein Einhalt geboten wird, Teilbereiche erdrosseln oder vertreiben.

Da die veröffentlichte Statistik immer hinterher hinkt, übernehme ich trotz erheblicher Zweifel die Behauptung, dass 25% des Stroms bereits aus erneuerbaren Ressourcen kommen. Bereits in wenigen Jahren sollen es 35 oder 40% sein.

Ausgehend von einem derzeitigen durchschnittlichen Leipziger Börsenstrompreis von 51.- €/MWh und dem sich bei rund 53.-€ MWh EEG-Umlage daraus abzuleitenden Gesamtdurchschnittspreis von 10.4 Cent KWh führt allein die geplante Verschiebung der Proportion auf 65% - 35% bei der Annahme gleicher Preise zu einer Steigerung der EEG-Umlage auf 7,22 Cent = Steigerung gegenüber 5,3 Cent um 36,2%. Und wie geht es weiter? Wer verantwortet das? Wenn aber bald 35% des Stroms in 25% der Verbrauchszeit erzeugt werden sollen, also mehr erzeugt als verbraucht wird, andererseits aber für die Überschussproduktion keine Speichermöglichkeit besteht, führt das zwangsläufig zu Verkaufsdruck um jeden Preis, auch zur starken quantitativen Ausweitung der Umsätze zu Negativpreisen. Des weiteren werden zwangsläufig die zu vergütenden Stand-by-Zeiten der konventionellen Stromerzeugungsanlagen wesentlich umfangreicher. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Umlage stärker steigt.

Die Substituierung konventioneller steuerbarer Stromerzeugungsmethoden durch nichtsteuerbare Stromerzeugung ist physikalisch, mathematisch unmöglich und deshalb ökonomisch nicht verantwortbar. Jetzt steht fest, dass ab 2013 die EEG-Umlage höher sein wird als der Strompreis an der Leipziger Börse. Hinzu kommt die neue Umlage für die Risiken aus den Offshorenetzen. Z.Z. wird Deutschland von vielen gelobt und beneidet, wegen seiner Weitsicht den industriellen Anteil an seiner Volkswirtschaft bewahrt zu haben. Aber Strom ist der wichtigste Rohstoff der Industrie. Die unnötige Verteuerung wird zunehmend gravierende negative Folgen zeigen. Gesagt wurde auch, dass das deutsche Modell der Energiewende, Strom aus „Erneuerbaren“ müsse gelingen. Alles andere wäre eine Blamage. Vielleicht war dies die gefährlichste Aussage des Abends, der Standpunkt verstellt die Sicht auf die Realität, auf die Notwendigkeit des Rückzugs aus der Sackgasse. Die Energiewende ist gescheitert. Sie hatte nie eine Chance. Vertuschen lässt sich das nur noch solange, wie es gelingt, die Ausbeutung der Mehrheit und die Gefährdung der gesamten Volkswirtschaft durch eine Minderheit zu verschleiern.

Maibrit121025

**Herr Dipl.-Ing. Eberhard Wagner** ist, indem was er zur Energiewende schreibt, eine ideale Ergänzung zu meinen Aussagen. Die gleiche Sache wird ausgeleuchtet einmal aus der Sicht des Ingenieurs und zum anderen aus meiner Sicht, der des Kaufmanns. Anschließend der Anfang eines seiner Beiträge. An dessen Ende finden sie den Link bzw. die Abrufmöglichkeit zum gesamten Aufsatz und zu weiteren Arbeiten von ihm.

[„Wird die Energiewende zur Energiefalle?“](#)

Die Antwort vorweg: Ja! Weil naturgesetzliche Einflüsse besonders bei der Elektrizitäts-Versorgung (hier Schwerpunktthema) nicht bzw. erstaunlich unzureichend beurteilt werden.

## **Begründung**

Die Energiewende stellt die Nutzung Regenerativen Energien (RE) in den Vordergrund. Ihr Nutzen wird meist nur über eine Berechnung der erzielbaren Energiemengen beurteilt, gemessen in Kilowattstunden. Um die Mengenziele zu erreichen, müssen riesige Anlagenzahlen realisiert werden, weil die erreichbaren Volllaststunden z. B. von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen sehr gering sind. Das bedeutet gleichermaßen riesige Kraftwerks-Leistungen, gemessen in Kilowatt.

Die sich z. B. bei Starkwind (Windkraft-Anlagen) und Mittagssonne (Photovoltaik-Anlagen) sowie Leistung aus anderen RE- und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ergebende gesamte Anlagen-Leistung, **kann nicht und wird nicht** von den Verbrauchern/Gewerbe/Industrie in Anspruch genommen werden. Die RE-Kraftwerke müssen also “abgeregelt” werden. Damit können diese die geplanten Strommengen nicht produzieren. Es besteht ein naturgesetzliches Dilemma. Speicher- und Netzausbau können diese Schwierigkeiten nicht wesentlich vermindern“.

[„Lies mehr ...“](#)

<http://klauseberhardwagner.wordpress.com/>“

---

## **Lügen mit der Wahrheit, ein reales Beispiel**

Das IÖW (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH) Hat laut eigener Ansage eine Modellrechnung entwickelt, mit dem u.a. „... die Unternehmensgewinne, die Netto-Einkommen der Beschäftigten und die Steuereinnahmen für die Kommunen sowie auf Länder- und Bundesebene berechnet werden können. Darüber hinaus ermögliche das Modell die Ermittlung von Beschäftigungseffekten in Form von Vollzeitarbeitsplätzen“. Das Modell soll auch in anderen Bereichen einsetzbar sein. ([www.ioew.de](http://www.ioew.de)) Greenpeace hat bei IÖW ein Gutachten in Auftrag gegeben zur Berechnung wirtschaftlicher Effekte eines schnelleren Ausbaus erneuerbarer Energien. Es geht, um die unterschiedlichen Auswirkungen einerseits des Ziels des Bundesumweltministers Altmaier bis 2020 durch erneuerbare Energien 40% des Stroms und andererseits des Ziels der Bundesländer insgesamt 53% zu erreichen.

Gegenübergestellt werden das Ziel 41% im Szenario A und das Ziel 53% im Szenario C-. Da auch das IÖW nicht in die Zukunft sehen kann, basieren die der Berechnung zugrunde liegenden Werte im Rahmen der Ziele auf Annahmen und Fortschreibungen im Rahmen einer angenommenen Weiterentwicklung der unterschiedlichen erneuerbaren Energien, wobei man den Ausbau der Windkraft progressiver eingeschätzt hat als den der Photovoltaik.

Bei Weiterbau auf 41% würde sich die Wertschöpfung bis 2020 relativ zu 2011 um 60% auf 16.5 Milliarden € steigern.

Bei Weiterbau auf 53% würde sich die Wertschöpfung bis 2020 relativ zu 2011 auf 20,5 Milliarden € nahezu verdoppeln. Die Differenz beträgt also 4 Milliarden €.

Bei den Arbeitsplätzen beträgt im Szenario A (Ziel 41%) die Steigerung 28% und im Szenario C (Ziel 53%) beträgt die Steigerung 49.2%.

Basis für die Berechnung des Arbeitplatzeffekts sind 122 184 Beschäftigte in 2011. Angeblich die direkt mit Produktion und Installation Beschäftigten anstatt der sonst oft genannten 3-400 000 Beschäftigten. Das lässt die prozentuale Verbesserung günstiger aussehen.

Wenn man die Arbeit liest, klingt alles plausibel und ordentlich gemacht, auch die Annahmen sind im Rahmen des zu befürchtenden. Darüber hinaus kann ich die benutzten Zahlen nicht prüfen, dazu fehlen mir die Ressourcen. Aber um mit diesen Werten zum Ergebnis zu kommen, braucht man kein Institut. Dafür reicht, so hoffe ich, gymnasiale Oberstufe.

Wichtiger für die Bewertung der Arbeit ist, hier wird das Ergebnis einer rein betriebswirtschaftlichen Wertschöpfungsberechnung dargestellt als eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung. Ein Wertschöpfungserfolg in dem einen Unternehmen kann aber durchaus in anderen Unternehmen zu Verlusten führen. Die volkswirtschaftliche Betrachtung der Wertschöpfung geht nur als Gesamtbetrachtung, quasi in einer kommunizierenden Röhre, in der die einzelnen betriebswirtschaftlichen Ergebnisse saldiert sind. Eine isolierte branchenspezifische Betrachtung kann aber durchaus sinnvoll sein. Hier wird aber versäumt, dieses einzel betrachtete theoretisch mögliche Wertschöpfungsergebnis mit den eventuellen kollateralen positiven und negativen Wertschöpfungsauswirkungen zu saldieren.

Jedwede Beeinflussung durch und auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge und deren Unwägbarkeiten wurden ausgeblendet. Versorgungssicherheit, Notwendigkeit, Möglichkeit und Kosten der Stromspeicherung für Überschussproduktion, sich ergebende Negativpreise, Einfluss der entstehenden Preise auf die Volkswirtschaft, steigende Not bei schwächeren privaten Haushalten und vieles mehr bleiben außen vor. Die Gutachter müssen Scheuklappen getragen haben.

Die Betrachtung der Bearbeitung des Gutachtens führt zu Vermutungen hinsichtlich seines Zwecks. Das Ergebnis der Untersuchung war quasi vorgegeben. Eine andere Tendenz des Ergebnisses war garnicht möglich. Es ging eigentlich nur darum zu plausiblen zusammenpassenden Zahlen zu kommen und in guter PR-Manier nicht eine eigene Aussage zu präsentieren, sondern die eines „neutralen unabhängigen“ Instituts mit klangvollem Namen. Das Gutachten führt in die Irre, möglicherweise war dies aber auch sein Zweck.

Spiegel, Welt und Frankfurter Rundschau übernahmen die Aussagen unkritisch.

Die Welt lässt am 2.11.12 einen Greenpeace-Experten u.a. sagen, Windenergieausbau verbessere die Versorgungssicherheit und günstige Windenergie sei der stärkste Motor für Wertschöpfung und Beschäftigung.

Eigenproduktion teurer als Marktangebot führt also laut Greenpeace zur Wertschöpfung.

Auf „Spiegel online“ kann man am 2.11. sinngemäß das Gleiche lesen.

Die Frankfurter Rundschau meldet schon am 1.11. Gleiches. Auf ihrem Leserblog reagieren dann die Schreiber überwiegend wie von Greenpeace dressierte pawlowsche Hunde.

**Dass solche Energiepolitik nichts mit Ökonomie zu tun hat, sondern Energiepolitik frei nach Münchhausen ist, zeigt folgendes erfundene Beispiel:**

Würde man gemäß dem IÖW-Modell einen Auftrag erteilen z.B. den Einfluss auf die Unternehmensgewinne, die Netto-Einkommen der Beschäftigten und die Steuereinnahmen für die Kommunen sowie für die Länder- und Bundesebene zu berechnen und die Ermittlung der Beschäftigungseffekte auf die Vollzeitarbeitsplätze einzubeziehen, und zwar für Folgendes:

Der Bundestag beschließt zwecks energetischer Sanierung den Abriss aller Mietwohnhäuser erbaut vor 1910. Als Alternative soll berechnet werden die Differenz für den Fall der Abrissausweitung bis vor 1930. Genau wie beim Beispiel der erneuerbaren Energien, fällt die Wertschöpfung im Beispiel 2 höher aus, ebenfalls der Arbeitskräftebedarf.

Eine Wirtschaftsleistung durch Änderung der Produktionsverfahren verteuern und glauben, dass genau das der Volkswirtschaft nützt und sie voranbringt, ist geradezu abenteuerlich. Tatsächlich geschieht Folgendes: Es entstehen Arbeitsplätze, die ohne Markteingriff der Regierung nicht entstanden wären. Die Arbeitsplätze und die Beschäftigten werden bezahlt aus Zwangsabgaben, die über die Stromrechnung bei den Bürgern und den Unternehmen erhoben werden. Sie entziehen den Bürgern die Kaufkraft zum Erwerb marktgerechter Produkte und Leistungen und der Wirtschaft die Investitionsmittel und, was besonders schwer wiegt, auch die Arbeitskräfte, die dringend dort gebraucht werden, wo Markt herrscht, stattdessen entstehen im Gegenzug von allen Bürgern alimentierte Arbeitsplätze.

In den Beispielen müssen alle Gebäude älter X Jahre durch Neubauten ersetzt werden. Wahrscheinlich ist dann der letzte Arbeitslose in Arbeit, solange bis die Wirtschaft zu Massenentlassungen schreitet, weil durch den Neubau der Häuser und die damit verbundene Mieterhöhungswelle sehr viel Kaufkraft abgesaugt wird, so wie jetzt Investitions- und Kaufkraft über den Strompreis abgesaugt werden, und außerhalb der Bauwirtschaft erst die Umsätze und dann die Unternehmen zusammenbrechen. Dieses Beispiel und andererseits die neuen Arbeitsplätze durch die Erneuerbaren sind situationsgleich und unterscheiden sich nur durch den Umfang des Schadens. Was gelobt wird, ist tatsächlich eine katastrophale Fehlallokation am Arbeitsmarkt.

Dass es aus volkswirtschaftlicher Sicht Arbeitsplätze unterschiedlicher Qualität gibt und unterschieden werden muss einerseits zwischen positiven vom Markt geschaffenen und andererseits die Volkswirtschaft belastenden, weil subventionierten Arbeitsplätzen, führt immer wieder zu Verständnisproblemen. Genau wie im vorstehenden Beispiel werden bei Wind- und Sonnenenergie die Arbeitnehmer von der Gesamtbevölkerung alimentiert.

---

Nachstehend die Stellungnahme von Herrn Prof. Prahm vom IÖW zu meiner Kritik.

Meine Antwort zu seiner Stellungnahme anschließend.

Sehr geehrter Herr Steinmetz,

vielen Dank für Ihre Auseinandersetzung mit unserer Studie „Effekte der Ausbaupläne für Erneuerbare Energien bis 2020 auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung“. Sie sprechen in Ihrer Email verschiedene Punkte an auf die wir Ihnen gerne antworten würden.

Sie erwähnen zu Recht, dass in der Studie keine Substitutions- und Budgeteffekte berücksichtigt werden. Beide Effekte werden durch unser Modell nicht abgebildet und müssten durch Kopplung mit weiteren Modellen abgeschätzt werden. Im Bereich der Substitutionseffekte ist davon auszugehen, dass aufgrund der Dezentralität erneuerbarer Energien und des hohen Anteils inländischer Anlagenproduktion die Nettoeffekte positiv sind. Zu diesem Ergebnis kommt auch die BMU Beschäftigungsstudie (Lehr et al. 2011), in der unter Betrachtung von Substitutions- und Budgeteffekten in fast allen Szenarien positive Nettobeschäftigungszahlen ermittelt werden. Weiterhin entsteht im EE-Bereich, wenn dezentral umgesetzt, größere Beteiligungsmöglichkeit und eine Verteilungswirkung von Wertschöpfung auf viele Akteursgruppen und nicht nur wenige Großkonzerne.

Den Budgeteffekt betreffend stimmt es natürlich, dass durch die EEG-Umlage verfügbares Einkommen für Konsumnachfrage fehlt. Dieser Effekt wird allerdings durch die Befreiung der energieintensiven Industrie von der EE-Umlage und den Merit-Order-Effekt deutlich bestärkt und würde bei einer Nicht-Privilegierung der Industrie geringer ausfallen. Wir sehen jedoch die Investitionen in EE als eine Investition in die Zukunft, denn durch die weltweit steigende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen werden deren Preise mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen und der Emissionshandel der EU wird (sofern effektiv umgesetzt) fossile Energieerzeugung stark verteuern.

Die Förderung durch das EEG erfolgt dazu mit stetig sinkenden Vergütungshöhen und ist lediglich Starthelfer für einen in absehbarer Zeit ohne Förderung funktionierenden Markt. Dieser Zeitpunkt der Marktfähigkeit hängt zum einen ab von der Kostenentwicklung der EE-Technologien. Hier muss das EEG Anreize setzen. Außerdem spielt hier aber auch die bereits erwähnte Preisentwicklung von fossilen Energien und von CO2 eine Rolle. Das bedeutet, dass sich der Budgeteffekt in naher Zukunft deutlich reduzieren wird.

Sie sollten weiterhin in Ihrer Betrachtung berücksichtigen, dass auch die fossilen und atomaren Energieträger massiv gefördert wurden und immer noch werden. Wenn man die Vergesellschaftlichung externer Kosten darüber hinaus hinzurechnet, ist hier ein riesiges Ungleichgewicht den EE gegenüber vorhanden, welches Sie berücksichtigen müssen, wenn Sie von alimentierten Arbeitnehmern im EE-Bereich reden.

Ihre Einschätzung, dass höhere Kosten mit höherer Wertschöpfung einhergehen ist natürlich richtig (Beispiel Hausabriss). Jedoch geht es bei der Einführung erneuerbarer Energien nicht um ein staatlich aufgelegtes Beschäftigungsprogramm ohne Zweck, sondern um eine Transformation der Energieversorgung hin zu einem nachhaltigeren und unabhängigeren System (Stichworte Klimawandel und Energieimporte). Dieser Prozess erfordert zweifelsohne Investitionen, die wir als eine Anlage in die Zukunft ansehen und die im Vergleich auch nicht die Förderung fossiler und atomarer Energieträger übersteigen. Was wir mit dieser Studie beabsichtigen, ist zu zeigen, dass in der oft einseitigen Kosten-Nutzen Debatte auch Vorteile wie Wertschöpfung und Beschäftigung berücksichtigt werden sollten.

Mit besten Grüßen

Andreas Prahl

---

Andreas Prahl  
Forschungsfeld Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz  
**Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig**

### Meine Antwort am 4.12.2012 auf die Stellungnahme von Herrn Prof. Prahl

Sehr geehrter Herr Prof. Prahl,

Dass sie auf meine Kritik geantwortet haben, sehe ich positiv, aber alles Weitere??? Ich denke, dass ein Gutachten allen, auch Nicht- und Halbwissenden helfen soll, Probleme zu erkennen, Zusammenhänge zu verstehen, um der Wahrheit näher zu kommen. Des weiteren ist es nicht möglich irgendein volkswirtschaftlich relevantes Problem zu lösen, ohne seine Einbindung in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Aber das tun sie indem sie die Zusammenhänge ausblenden und bestätigen das im 2.Absatz ihrer Antwort „..... müsste durch Kopplung mit weiteren Modellen abgeschätzt werden“. Mit dieser Methode wird nicht zum Verstehen geholfen, sondern in die Irre geführt. Gutachten sollte eine sehr verantwortliche Tätigkeit sein.

Dass positive Nettobeschäftigungszahlen erreicht werden, habe ich, ohne mich mit den %sätzen zu befassen, nicht bestritten. Aber welche Folgen hat es für eine Volkswirtschaft, wenn Gleiches mit mehr Arbeitskräften produziert wird? Das Produkt wird teurer! Bei ihrer

isolierten Betrachtung entsteht ein positives Bild von tatsächlich für die Volkswirtschaft Negativem, denn die Folgen auf der anderen Seite durch die Strompreissteigerungen z.B. Auftragsrückgang, Umsatzverlust, Gewinnminderung und Arbeitsplatzabbau bei der Wirtschaft, bleiben unberücksichtigt.

Was würde es denn für die energieintensive Industrie, für deren Arbeitsplätze und für die Volkswirtschaft bedeuten, wenn sie nicht von der EEG-Umlage befreit wäre? Für diese Unternehmen ist der Strompreis ein Standortfaktor. Sie würden sonst durch die überhöhten deutschen Strompreise ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wodurch Arbeitsplätze verloren gehen. Das betrifft auch Unternehmen die nicht exportieren aber internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind. Für sie alle würde schon jetzt eintreten, was ich in Zukunft für einen viel größeren Kreis befürchte. Es handelt sich nicht um unangemessene Vorteile. Diese Unternehmen werden nur wegen ihres besonders intensiven Verbrauchs von den die gesamte Volkswirtschaft im internationalen Vergleich belastenden Kosten befreit. Seit dem 28.11 ist bekannt, dass die Kommission ein formelles Beihilfeverfahren gegen Deutschland wegen unerlaubter Subventionen eröffnen will.

Unabhängig von der in diesem Zusammenhang umstrittenen Merit-Order-Berechnung führen plötzliche auf den Markt kommende Wind- und Solarstrommengen zu Preisminderungen an der Strombörse, jedoch nur am Spotmarkt. Das vergrößert zusätzlich die Differenz zum den Erzeugern garantierten Festpreis und belastet die Verbraucher über die EEG-Umlage mit der Preisminderung. Großverbraucher kaufen an der Börse der Versorgungssicherheit wegen langfristige Jahres-, Monats- und auch Stundenkontrakte und können dadurch nur bei eventuell geringen Zukäufen am Spotmarkt an plötzlichen Preisreduzierungen partizipieren.

Starthelfer für einen in absehbarer Zeit, ohne Förderung funktionierenden Markt? Seit 12 Jahren wird gestartet! In absehbarer Zeit? Wenn es für sie absehbar ist, nennen sie das Ende! Ich wette, die Umlage wird absehbar jährlich weiter steigen.

Die letzten 30-35 Jahre Kohleförderung waren und sind eine sinnlose Verschwendung von X Milliarden, erst Mark dann Euro. Soweit haben sie recht. Bei der Atomenergie ging es fast ausschließlich um die nach meiner Auffassung immer notwendige allgemeine Grundlagenforschung, deren Ergebnisnutzung, abgesehen von den in Betrieb genommenen AKW, in Deutschland verboten wurde. Ein schreckliches Beispiel ist Kalkar.

Sie schreiben, meine Einschätzung, dass höhere Kosten mit höherer Wertschöpfung einhergehen, sei natürlich richtig. Wo soll ich das geschrieben haben? Es ist doch leider hier nicht der Fall, im Gegenteil! Der getätigte höhere Aufwand führt zu schlechterem Ergebnis. Es ist naturbedingt unabänderlich, dass Wind und Sonne als Stromlieferanten gemeinsam nur in 25% der Zeit zur Verfügung stehen und in 75% der Zeit Strom aus anderen Quellen kommen muss. (Mir gegenüber bestätigt von Minister Dr. Altmaier + Ministerin Puttrich)  
Deshalb sind Wind und Sonne als nichtsteuerbare Energiequellen zur Substitution von steuerbaren Energiequellen ungeeignet.

Das, was sie verteidigen ist, nicht die Zukunft, sondern Sachgasse. Warum sollen wir als Exportnation uns von Energieimporten unabhängig machen? Wir importieren Gas, Kohle, Öl, was soll am Stromimport schädlich sein? Im September 2011 faste das Europaparlament den Beschluss zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, nach dem jeder Staat bestraft werden soll, dessen Zahlungsbilanz- bzw. Exportüberschuss eine Grenze von X übersteigt. Das richtet sich eindeutig gegen Deutschland. Mit erheblichen Stromimporten ließe sich der deutsche Saldo reduzieren.

Auch der von mir als Beispiel herangezogene Hausabriss bzw. der folgende Neubau dient der Energieeinsparung und der Beschäftigungszuwachs wäre Folge des Ziels den Wärmeenergieverbrauch zu reduzieren. In meiner ersten Mail habe ich das nicht präzisiert, weil weil ich den Zusammenhang für selbstverständlich hielt.

Der Dissens zwischen ihnen und mir betrifft 1. Was ein Gutachter dürfen sollte und was besser nicht, und 2. Auf die Bewertung der derzeitigen Energiepolitik. Einen aus dem



Zusammenhang gelösten Teilbereich positiv zu begutachten, der im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang zweifelsfrei negativ ist, das ethisch zu bewerten, überlasse ich ihnen. Egal was sie mit ihrer Studie beabsichtigten, herausgekommen ist eine Irreführung. Ich vergleiche das EEG mit einer Hydra, und wie bei der Hydra wird die Entwicklung weitergehen. Das IÖW kann sich auf meine begleitende Aufmerksamkeit verlassen.

---

Eine Lokalzeitung veröffentlichte eine ausführliche Stellungnahme von mir zur Energiepolitik. Ein Leser antwortete mit konträren Aussagen in der Zeitung, die von mir widerlegt wurden. Ich konstruiere daraus einen Dialog.

**Die Einlassungen von Herrn X beweisen wie aus Halb- und Viertelwissen in Zusammenwirkung mit irreführender Propaganda wohl nicht nur bei ihm, sondern in weiten Bevölkerungskreisen unsinnige Vorstellungen entstehen können, die dann Grundlage von Fehleinschätzungen bei vielen Bürgern werden.**

Der Leserbrief von Herrn X an mich persönlich gerichtet als Antwort auf meinen Leserbrief vom 9.8. 2012 verlangt einige Richtigstellungen, wobei ich wegen des Umfangs seiner Replik nicht auf alles eingehen kann.

X „In ihrem Lesebrief haben sie versucht die erneuerbaren Energien zu diskreditieren und dabei vergessen, Alternativen aufzuzeigen“.

Antwort: Nicht ich habe versucht zu diskreditieren. Wind- und Solarstrom diskreditiert sich selbst, weil anhand der von mir aufgezeigten Fakten, eine versorgungssichere Stromversorgung mit dem im Ausland vergleichbaren Preisniveau nach dem heutigen Stand der Wissenschaft nicht möglich ist. Damit Wind- und Solarstrom eine Alternative zur herkömmlichen Stromerzeugung sein könnten, müssten sie mit zu diesen vergleichbaren Preisen herstellbar sein und zusätzlich eine quasi kostenlose Stromspeichermöglichkeit erfunden werden. Die Chancen dazu kann jeder selbst bewerten. Entgegen der Behauptung von Herrn X habe ich eine Alternative vorgeschlagen, und zwar den Stromimport in größerem Umfang. Das würde neben der preissenkenden Wirkung als zusätzlichen Effekt unsere Außenhandelsbilanz im Sinne der anderen EU-Länder verbessern.

X: „Schaut man auf die Artikel ihrer Homepage, erkennt man schnell, dass für sie die Atomenergie die Lösung der Energie- und Klimaprobleme ist. Der Unterschied in der Subvention ist, dass die Atomenergie über Steuergelder finanziert wird. Die erneuerbaren Energien werden über den Strompreis subventioniert. .... Die Atomindustrie erhält steuerfreie Rückstellungen für die atomare Entsorgung in Höhe von über 30 Milliarden €, welche die Unternehmen für beliebige Investitionen einsetzen können. Bis heute sind 40 Milliarden Euro in die Atomforschung geflossen. Der Steuerzahler muss z.B. die Kosten von 5 Milliarden Euro für die Sanierung des Atommülllagers Asse bezahlen“.

Antwort: Einerseits halte ich Kernkraft zwar für einen in der übrigen Welt bedeutenden Faktor für die Energiegewinnung, andererseits hatte ich jedoch bereits vor Fukushima erkannt, dass die Kernkraft in Deutschland nicht mehrheitsfähig und ein Auslaufmodell ist. Obwohl ich am 9.8. Atomstrom nicht erwähnte, setzt sich Herr X damit auseinander, wirft dabei vermutlich staatliche Förderung von Grundlagenforschung und Subventionen in einen Topf, andere Erklärungen für die genannten Zahlen sind nicht erkennbar, beanstandet die Rückstellungen quasi als Sondervergünstigungen, obwohl diese völlig branchenunabhängig gemäß internationaler Bilanzregeln von jedem Unternehmen für ihm bekannte zukünftige Lasten gebildet werden müssen, er führt das Asseproblem an, obwohl dort niemals hoch radioaktive Abfälle aus der Stromproduktion gelagert werden durften, usw.

X: „Dies (die Subventionierung durch EEG-Umlage) gilt aber nur für Privathaushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen. Die Großverbraucher zahlen keine EEG-Umlage“.

Antwort: Von Netzkosten und den EEG-Umlagen sind nicht Großverbraucher befreit, sondern größenunabhängig Intensivverbraucher, was auch unbedingt notwendig ist, weil für diese Unternehmen der Strompreis ein Standortfaktor ist, und sie sonst durch die überhöhten deutschen Strompreise ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wodurch Arbeitsplätze verloren gehen. Für sie würde schon jetzt eintreten, was ich in Zukunft für einen viel größeren Kreis befürchte.

X: „Da diese (Großverbraucher) ihren Strom direkt an der Börse einkaufen können, profitieren sie auch noch von dem Merit-Order-Effekt, also niedrigen Preisen durch die erneuerbaren Energien.“

Antwort: Unabhängig von der in diesem Zusammenhang umstrittenen Merit-Order-Berechnung führen plötzliche auf den Markt kommende Wind- und Solarstrommengen zu Preisminderungen an der Strombörse, jedoch nur am Spotmarkt. Das vergrößert die Differenz zum garantierten Festpreis für die Erzeuger und belastet die Verbraucher über die EEG-Umlage. Großverbraucher kaufen an der Börse der Versorgungssicherheit wegen langfristige Jahres-, Monats- und auch Stundenkontrakte und können dadurch nur bei eventuell geringen Zukäufen am Spotmarkt an der Preisreduzierung partizipieren.

X: „Im Jahre 2000 zahlten wir 14 Cent pro kWh, derzeit liegen wir bei 25 Cent pro kWh. Für die EEG-Umlage zahlen wir aber 3.6 Cent pro kWh. .... sind die Preise an der Strombörse in den vergangenen 4 Jahren um 10 – 20% gesunken. Hier verdienen sich also die Stromkonzerne eine goldene Nase“.

Antwort: Zu den Preissteigerungen seit 2000: Hinzugekommen neben der EEG-Umlage ist, die Stromsteuer, Mehrwertsteuererhöhung, Netzkostensteigerungen usw. Zur vermuteten „goldenen Nase der Stromkonzerne“ reicht es wohl, z.B. auf den in den letzten 2 Jahren um ca. 40% gefallen Aktienkurs von RWE zu verweisen. Auch die Bilanzen der Konzerne sind öffentlich.

X: „Mit den erneuerbaren Energien haben wir bis heute für über 300 000 Menschen neue Arbeitsplätze geschaffen .....

Antwort: Warum die 300 000 Arbeitsplätze negativ zu bewerten sind, habe ich ausführlich erläutert unter: [www.politikbetrachtung.de](http://www.politikbetrachtung.de) „Ordnungspolitik und EEG“ ab Seite 4, letzter Absatz.

X: „Sie bemängeln, dass sich die Solar- und Windenergie schlecht regeln lässt. Das ist nur teilweise richtig. Einen Teil der Schwankungen kann man durch intelligente Netze abfangen.“

Antwort: Intelligente Netze können keinen Strom speichern. Sie sollen Verbrauch und Produktion aufeinander zusteuern und Strom über die Bedarfsräume besser verteilen. Auf der Verbraucherseite können sie z.B. im privaten Bereich Stromverbraucher wie Waschmaschinen, Spülmaschinen und weitere Geräte ab- und wieder anschalten. Sie sollen also die Nutzungsentscheidungen der Verbraucher einschränken, um den Verbrauch dem Wind- und Sonnenenergieaufkommen anzupassen.

X: „Nebenbei erhält die Speicherforschung einen enormen Innovationsschub. Die von ihnen gelobten Großkraftwerke lassen sich leider überhaupt nicht flexibel regeln und verstopfen durch ihre kontinuierliche Stromproduktion erstens die Stromtrassen und zweitens die vorhandenen Pumpspeicherkraftwerke“.

Antwort: Der von Herrn X prognostizierte „enorme Innovationsschub“ bei der Stromspeicherung ist nirgendwo erkennbar. Moderne Großkraftwerke, z.B. das vor wenigen Tagen in Betrieb genommene neue Braunkohlekraftwerk, lassen sich sehr gut regeln, jedoch verteuert jede Leistungsanpassung, verursacht durch schwankenden Wind- und

Sonnenstromanfall, die Strompreise. Auch wegen der zunehmenden witterungsabhängigen Versorgungsschwankungen brauchen wir den großräumigen grenzüberschreitenden Netzverbund anstatt kleinräumiger Versorgung. Welchen Einfluss „verstopfte Pumpspeicherwerke“ haben sollen, weis ich nicht. Die gesamte in allen deutschen Pumpspeicherwerken gespeicherte Strommenge entspricht dem durchschnittlichen Verbrauch von ca. 40 Minuten und ist damit quasi bedeutungslos.

X: „Die Lösung sind dezentrale kleine schnell zuschaltbare Gaskraftwerke mit Wärmenutzung (Kraft-Wärme-Kopplung)“.

Antwort: Die von Herrn X beschriebene gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplung macht überall dort Sinn, wo Wärme oder Kälte über größere Zeiträume gleichzeitig neben Strom benötigt wird. In der Gesamtstromversorgung können sie jedoch wegen der zur Rentabilität notwendigen seltenen Parallelnutzungsmöglichkeiten kaum Bedeutung erlangen. Interessant sind als Alternative GuD-Kraftwerke, wo jeweils 3 Gasturbinen Strom erzeugen und mit deren Abwärme zusätzlich eine Dampfturbine Strom erzeugt.

-

18.5.2012

Sehr geehrter Herr Minister,

Sehr geehrter Herr Altmaier,

Zu ihrer Ernennung gratuliere ich ihnen herzlich. Gleichzeitig hoffe ich, dass sie die Chance nutzen, die Politik wieder vom Gewünschten zum Machbaren zu führen.

Sichere Stromversorgung aus nichtsteuerbarer Produktion, wie Wind und Sonne, ohne Speicher, ist physikalisch unmöglich. Es gibt noch keine praktikable Speichermöglichkeit, es ist auch laut den Informationen aus der Wissenschaft keine in Aussicht. Wenn denn eine sinnvolle Speichermöglichkeit ge- oder erfunden wird, wird sie den Strom aus einer schon ohne Speicher zu teuren Produktionsmethode, noch weiter verteuern und damit die schleichende Zerstörung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beschleunigen. Sie hängt in wichtigen Teilen von der Strompreisentwicklung ab.

Schon bei der der Gestaltung der Energiewende hat man die kritischen Anmerkungen der Ethikkommission einfach beiseitegelassen und nur übernommen, was der emotionalen Befindlichkeit entsprach. Der gesamte Bericht der Ethikkommission ist Beweis für die Unvereinbarkeit der beiden Ziele, einerseits Klimaschutz, und andererseits Atomausstieg. Im Juli 2011 habe ich das im beigefügten Schriftsatz „Energiewende 2011“ zusammengefasst.

Wohin die totale Ausblendung der wirtschaftspolitischen Grundsätze der Union führt, habe ich nochmals im beigefügten Schriftsatz „Ordnungspolitik und EEG“ versucht zu erklären. Die Entwicklung des letzten Jahres gibt ihnen erheblichen Spielraum, um mit dem Hinweis auf sichtbare Fehlentwicklungen Korrekturen einzuleiten.

Indem Zusammenhang könnte sich der Teil des Sixpack vom November 2011, den ich Leistungsdiskriminierungsgesetz nenne, als hilfreich erweisen. Unter Berufung auf dieses Gesetz können sie zur Verringerung des positiven Leistungsbilanzüberschusses für Stromimporte eintreten. Deutschland kann damit Strafzahlungen vermeiden und reduziert gleichzeitig die deutschen Strompreise, die Produkt einer Mischkalkulation sind.

Bei einem weiter so, wird in einigen Jahren die Umlage für die erneuerbaren Energien höher sein als der Preis an der Leipziger Börse. (Seit Oktober 2012 wissen wir, schon 2013 ist es soweit) Laut FAZ vom 16.5. plant die Bundesregierung eine neue Umlage auf den Strompreis zur Finanzierung der Offshoreprobleme.

Wir brauchen eine 2. Energiewende, den schnellstmöglichen stufenweisen Rückzug aus der Stromproduktion durch Wind- und Sonne. Sie haben es jetzt in der Hand für Deutschland eine ökonomische Katastrophe abzuwenden.

Ich wünsche ihnen eine glückliche Hand für die Zukunft und verbleibe

Nachfolgend kommentiere ich die Antwort durch den vom Minister beauftragten Dr. Dürrschmidt:

Sehr geehrter Herr Minister,

Vielen Dank für die Antwort vom 27.6. durch Herrn Dr. Dürrschmidt auf mein Schreiben an sie Herr Minister vom 18.5.12.

Im Antwortschreiben heißt es:

„Die Beschlüsse zur Energiewende wurden auf Basis langjähriger Forschungen und fundierter wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen. Diese zeigen, dass eine sichere Stromversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien bei gleichzeitigem Fortschritt in Sachen Energieeffizienz technisch realisierbar und auch ökonomisch sinnvoll ist“.

Wenn wissenschaftliche Stellungnahmen auf einer Vielzahl von Annahmen bestehen, über deren Bewertung zu streiten ist, darf man das weder fundiert nennen, noch von Erkenntnissen sprechen. Die neue deutsche Energiepolitik, hier Strom, basiert auf der Aneinanderreihung, einer Ansammlung von Annahmen und Hypothesen beauftragter Wissenschaft zur Prüfung des Ziels und des angestrebten Wegs. Sie verweisen auf die Langfristszenarien des Fraunhofer-Instituts vom 29.3.12. Dort findet man auf 330 Seiten einen 40jahresplan für die Umgestaltung der deutschen Energieversorgung. Egal wo jemals auf der Welt Versuche mit 4 und 5jahresplänen gemacht wurden, sind sie meines Wissens gescheitert. Jetzt gibt es unter Federführung der Partei Ludwig Erhards in Deutschland einen 40jahresplan. Das ist Hybris.

Nachfolgend fasse ich nochmals so knapp wie möglich zusammen, warum diese Energiepolitik nicht gelingen kann: (Gekürzt)

Sie verweisen auf [www.powertogas.info](http://www.powertogas.info) (2012 deutsche Energie-Agentur, dena) Dort wird einerseits sehr ausführlich bestätigt, dass Stromspeicher eine elementare Voraussetzung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind, aber andererseits ökonomisch vertretbare Systeme nicht zur Verfügung stehen.

Deutschland braucht einen wettbewerbsfähigen Strompreis, das heißt, der Strompreis darf das europäische Mittel nicht übersteigen, zuverlässig auf Dauer. Der wahllos zwischen 0 und 100% durch die Zeit taumelnde nicht steuerbare Ausnutzungsgrad der installierten Leistung der Wind- und Sonnenstromerzeugung macht sie aber ungeeignet als Alternative für steuerbare Energien. In der Informationswüste verlangen die Bürger nach qualifizierten verständlichen Erklärungen aber geboten wird nur eine Fata Morgana. Der einzige volkswirtschaftlich vertretbare Ausweg, um den Strompreis im international vergleichbaren Rahmen zu halten, ist Strom in größerem Umfang zu importieren.

Im Bezug auf die Energiepolitik verhalten sich die deutschen Regierungen unabhängig von ihrer Zusammensetzung seit einigen Jahren wie die griechischen Regierungen in der Fiskalpolitik, sie halten das wind- und sonnengläubige Volk bei Laune und treiben der ökonomischen Katastrophe entgegen. Es ist zu befürchten, dass in den nächsten 1 – 2 Legislaturperioden zwei Belastungen für die Haushalte zusammentreffen:

1. Die Strompreisentwicklung treibt deutsche Unternehmen und die Arbeitsplätze ins Ausland, was die Steuereinnahmen mindert und den Haushalt mit zusätzlichen Sozialausgaben belastet.
2. Gleichzeitig kommen die ersten Inanspruchnahmen aus den für Griechenland und für weitere gewährten Bürgschaften auf den deutschen Haushalt zu, weil genau wie bei der Energiepolitik von den ordnungspolitischen Grundsätzen abgewichen wurde und getrennt wurde, was zusammengehört, nämlich einerseits Gewinnstreben und

andererseits Risiko verbunden mit dessen Folgen. Konsequenterweise der ordnungspolitischen Logik folgend, verlangt jetzt der IWF von den Bürgschaftsländern und der EZB den Verlust zu verbuchen, der längst eingetreten ist.

Sehr geehrter Herr Minister nutzen sie ihre Chance als „Neuer“ im Amt zur Aufklärung der Bevölkerung und Änderung der Politik. Ich möchte nicht, dass unsere beider Partei in der Geschichte dasteht als die, welche eine gesunde deutsche Volkswirtschaft durch eine irrationale Energiepolitik entscheidend geschwächt hat.

---

### Nötiger Hinweis an mehrere Zeitungen

Die deutsche Energiepolitik ist einzigartig! Aber ist sie auch besser oder nur anders und womöglich so gar schlechter? Welche Folgen haben die sich daraus ergebenden Strompreise für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft? Ist die Bevölkerung ausreichend informiert? Sind die Erklärungen und Diskussionen zum Thema verständlich und ausführlich genug? Die letzten Untersuchungen des Allensbach-Instituts, bezüglich der Energiewende offenbaren eine große Zustimmung aber eine geringe Bereitschaft, sich an den Kosten zu beteiligen. In der Wirtschaft hat der gesamte internationale Wettbewerb durch niedrigere Strompreise einen Kostenvorteil. Haben alle ein ausreichendes Wissensfundament um sich die Folgen vorstellen zu können? Ich befürchte nein.

Schlimm wird es, wenn Medien eher ihre von eigenen Emotionen gesteuerte Meinung verbreiten, wie z.B. in der ZDF-Sendung am 20.6. 2012 um 22.45 Uhr, anstatt faktenbasiert zu informieren und zu kommentieren,

Auch wenn ich es persönlich für falsch halte, akzeptiere ich die mehrheitliche Ablehnung der Kernkraft durch die deutsche Bevölkerung. Eins steht aber fest, der jetzt eingeschlagene Weg ist aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht zu verantworten.

Die erneuerbaren Energien, insbesondere der nichtsteuerbare Anteil, hat in den letzten 12 Jahren die deutsche Volkswirtschaft mit ca. 200 Milliarden Euro belastet, Tendenz steigend. Zu sehen ist dies auch im Zusammenhang mit der mit Sicherheit auf uns zukommende Beanspruchung aus gewährten Bürgschaften im Rahmen der Eurokrise. Den Folgen der Bürgschaftsgewährung können wir nicht ausweichen aber verkraften können wir sie nur mit einer gesunden Volkswirtschaft. Das heißt, die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt darf nicht durch vermeidbare alle Unternehmen und Bürger belastenden Kosten gefährdet werden.

Bitte setzen sie sich in ihrer Redaktion mit diesem Thema so intensiv wie möglich auseinander. Verlassen sie den Mainstream, suchen sie die Wahrheit, informieren sie die Bürger, vermitteln sie ihnen eine emotionsfreie Sicht auf die Fakten. Die derzeitige Energiepolitik verspielt nicht nur unsere Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats.

Energie120627

---

Eine Stellungnahme von Rainer Brüderle, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, in der FAZ zur Energiepolitik wurde von Jürgen Trittin mit einem Beitrag am 8.6.2012 gekontert, den ich im Folgenden kommentiere.

Wenn ich lese, was Herr Trittin schreibt, macht mir der Gedanke Angst, dass Leser diese die Realität verweigernden Einlassungen glauben könnten. Die Marktaufteilung zwischen den beschimpften „4 großen Energiekonzernen“ sonst Oligopol genannt, entstand nach 1998 unter Regie einer Rot/Grünen Regierung. Nur RWE gab es in Deutschland, Vattenfall, einem schwedischen Konzern, war es gelungen 2001/02 durch die Übernahme der BEWAG (Berliner

Elektrizität und Wasser AG) in Deutschland Fuß zu fassen. E.ON und ENBW, sowie die Errichtung der Einflusszonen der 4, wurden erst unter Rot/Grün geschaffen. Wenn durch eine wetterbedingte plötzliche Stromschwemme an der Börse der Strompreis sinkt, vergrößert sich die Differenz zwischen der EEG-Garantievergütung für den Erzeuger und dem erzielten Verkaufspreis und diese Differenz wird über die EEG-Umlage immer von den Stromverbrauchern bezahlt. Offensichtlich liegen die Strompreissteigerungen doch am EEG, denn je größer der Preisdruck ist, bedingt durch die immer häufigere und immer größere nicht steuerbare Produktion über der Bedarf hinaus, je höher steigt die EEG-Umlage zulasten der Verbraucher. Das ist die Logik des Grünen EEG. Mehr Planwirtschaft, mehr Marktferne wie im EEG geht nicht. Wenn abends in der Fernsehwerbung ein Windmühlenbetreiber 8% Zinsen auf Dauer garantieren kann, dann nur im Schatten der durch das EEG garantierten Subventionen. Diese 8% und dessen sicher nicht kleinerer Gewinn sind die Preissteigerungen auf den Stromrechnungen der Verbraucher. Die von Herrn Trittin erwähnten 340 000 Arbeitnehmer erhalten ihren Lohn zu Recht für ihre Arbeit aber sie erwirtschaften ihren Lohn nicht, dank des Subventionsgesetzes EEG werden sie von den Stromverbrauchern zwangsweise alimentiert. Wie es Arbeitnehmern geht, die sich auf subventionierte Arbeitsplätze einlassen, sehen wir z.Z. besonders in den neuen Bundesländern, und wie es Unternehmern geht, deren Geschäftsmodell auf der dauerhaften Subventionierung durch Stromverbraucher beruht, ist ebenfalls zu sehen.

.....

Das EEG plündert die Bevölkerung aus, hat die deutsche Volkswirtschaft schon geschwächt und zerstört schleichend die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Herr Brüderle vertritt die Interessen der Verbraucher, Herr Trittin vertritt die der Subventionsempfänger, die unter seinem Protektorat die Stromverbraucher melken wie der Landwirt seine Kühe. Das führt zwangsläufig zum Konflikt mit Herrn Brüderle.

Meine Standpunktabweichungen zu Herrn Brüderle ergeben sich aus dem Text.

Faz120609Trittin

---

Juni 2012

Auffallend ist, dass seit ca. einem Jahr die Klima- und CO<sub>2</sub>-Problematik aus dem Diskurs verschwunden ist.

Fukushima war die einmalige Chance beides gleichzeitig zu beenden, sowohl die Stromproduktion aus AKW als auch die aus Wind und Sonne.

---

### **CDU-Hessen, in [zukunftsworkstatt2025](#) eingetragen 2.2.12 /Hess-Energ1201**

Energiegipfelumsetzungskonzept: Eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen sei unabdingbar. Beispiel Strom: Damit sind die geplanten Maßnahmen nicht vereinbar. Ziel ist die Umstellung der Stromproduktion von steuerbarer Energieerzeugung (Kohle, Gas, AKW) auf nicht steuerbare Energieerzeugung (Windkraft und Photovoltaik). Die Landesregierung spricht von „fluktuierender Stromerzeugung“.

In Hessen beträgt der Ausnutzungsgrad der Windenergie im Jahresdurchschnitt ca. 18,5%, bei der Photovoltaik wurden maximal 9.3% erreicht, einmalig. Das Jahr hat 8760 Stunden. Egal ob wir 1000 oder 10 000 Windkraftparks haben, sie liefern rein rechnerisch ca. 7000 p.a. Stunden keinen Strom. Egal ob wir die Photovoltaikflächen verzehnfachen oder verhundertfachen, sie liefern rein rechnerisch ca. 8000 Stunden im Jahr keinen Strom. Zur Versorgungssicherheit werden Stromspeicher gebraucht. Sie werden mehrfach erwähnt, aber dass sie elementare Voraussetzung für eine sichere Stromversorgung sind, erfährt der Leser nicht. Geschrieben wird: „Die hessische Landesregierung wird eine Initiative für

Speichertechnologien ins Leben rufen.“ „Die Erforschung neuer Energie- und Energiespeichertechnologien kommt eine Schlüsselrolle bei der Transformation der Energieversorgung hin zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien zu“. Die hessische Landesregierung weis also, dass es derzeit weder eine quantitativ ausreichende noch bezahlbare Speichertechnologie gibt. (Quelle: [www.politikbetrachtung.de](http://www.politikbetrachtung.de) unter „Energiewende 2011“ ausführliche Info) Es soll jetzt also auch in Hessen zukünftig in großem Stil in Technologien investiert werden, von denen bekannt ist, dass sie auf Grund des Fehlens einer entscheidenden Gelingensvoraussetzung ihren Zweck nicht erfüllen können. Die Regierung schreibt: „Zum Ausgleich dieser Volatilität (Wind, Sonne) müssen vorzugsweise schnell reagierende ... konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden. Hierfür kommen insbesondere Gas- und Dampfkraftwerke ... in Betracht“. Hier wird von Investoren erwartet, neue Kraftwerke zu bauen in der Gewissheit, dass sie deutlich unterhalb ihrer Zeitkapazität, also unwirtschaftlich arbeiten sollen. Das geht nur mit Rentabilitätsgarantien, die den Strompreis belasten. Auf Seite 20 wird auch darauf hingewiesen, dass mittelfristig Kohlekraftwerke für die Grundlast nötig sind. AKW werden innerhalb 10 Jahre abgeschaltet.  
1973

Energiegipfelumsetzungskonzept-II: Geplant wird eine Umstellung auf Stromproduktionsmethoden, die zu Preisen führen, die 200% bis 700% über den Marktpreisen liegen. Aussicht, dass sich dieses Verhältnis bessert, besteht nicht, denn ohne Speicher werden mit zunehmender nicht steuerbarer Stromproduktion die Negativpreisverkäufe zunehmen, was preistreibend wirkt.  
360

Trotzdem wird mit diesen Produktionsmethoden langfristig eine 100%ige Versorgung für die Wirtschaft und die privaten Haushalte angestrebt. Da jetzt schon die unterbrechungsfreie Stromversorgung wackelt, wird für die Zukunft die kostenverursachende Zwangsabschaltung für Großverbraucher ermöglicht. Schrittweise nimmt der Zwang zu. Will das wirklich eine Mehrheit der Bevölkerung? Oder kennt sie nur die Wahrheit nicht? Ein weiter so ist nicht zu verantworten!

Was wäre eine Alternative? Wir importieren Öl, Kohle, Gas, quasi alle Rohstoffe zur Stromerzeugung. Warum importieren wir nicht preiswerten Strom, anstatt ihn extrem teuer mit Wind und Sonne selbst zu erzeugen? Deutschland steht in der EU in der Kritik wegen seiner Exportüberschüsse. Das europäische Parlament hat beschlossen, gegen Überschüsse ab einer bestimmten Größe einzuschreiten. Das ist zwar aus ökonomischer Sicht ein unsinniger Beschluss aber wir haben die Chance durch Stromimport in erheblichem Umfang ein Entgegenkommen zu zeigen. Es würde unsere Stromkosten senken, die Volkswirtschaft erheblich entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit weiter festigen und die Außenhandelsbilanz im Sinne des EU-Parlaments verbessern. Nur so ist das Ziel „eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen“ zu erreichen. Schon heute liegen deutsche Strompreise vor Steuern ca. 50% über französischen Strompreisen. Lasst uns ausbrechen aus der Sackgasse zu einer ökonomisch verantwortbaren Politik.  
1459

---

Sehr geehrter Herr Minister, (Rentsch in Hessen)

Ich bin positiv beeindruckt von Ihrer Initiative bezüglich der Energiepolitik und bin entsetzt über den Abwürgungsversuch von Frau Puttrich und noch mehr über deren Argumentation. Wenn ein Quotenmodell tatsächlich zur Vernachlässigung von Photovoltaik, Windkraft und Biogas führen würde, wäre das nur ein zusätzlicher Beweis für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit dieser Stromerzeugungsmethoden in Deutschland und ein Grund sie zu vernachlässigen. Solarstrom und Windkraft werden in unseren Breitengraden nie die Chance zur Wettbewerbsfähigkeit erreichen, nie Marktreife erlangen. Zusätzlich zur Steuerung der Erzeugungsmethoden soll in Hessen der Markt auch hinsichtlich der Erzeuger- bzw. Anbieterstruktur gesteuert werden. Über die Folgen für die Strompreisentwicklung verliert die Ministerin kein Wort. Von Ihnen wünsche ich mit Standhaftigkeit und Durchhaltevermögen.

Rentsch12082



---

## **Tollhaus = Geschichten aus Absurdistan**

### Aus dem Tollhaus. Verstöße gegen die Ordnungspolitik Politik außerhalb des ordnungspolitischen Rahmens und die Folgen

**Oligopol:** Heute erkennen viele Bürger und Politiker aller Parteien, dass das Oligopol aus E.ON, RWE, ENBW und Vattenfall den Markt behindert und preistreibend wirkt. Aber wer weiß noch, dass die Entstehung in der ersten Legislaturperiode einer Rot/Grünen Regierung gefördert und unterstützt wurde. 1998 gab es weder E.ON noch ENBW, Vattenfall bemühte sich in Deutschland Fuß zu fassen durch eine Beteiligung an der BEWAG, nur RWE gibt es schon vorher.

**EEG** (ErneuerbarenEnergieengesetz) geschaffen von einer Rot/Grünen Regierung schließt den Markt bei der Vermarktung von Erneuerbaren Energien zu 100% aus. Es ist ein totaler Verstoß gegen ordnungspolitische Grundsätze und ein markantes Beispiel dafür, welche Folgen solche Verstöße haben.

Gesunde Arbeitsplätze gehen verloren, subventionierte, die Volkswirtschaft belastende Arbeitsplätze werden gefördert. Das Gesetz fördert die teuersten Stromproduktionsmethoden, was zu den höchsten europäischen Strompreisen geführt hat.

Das EEG, wie alle vergleichbaren Maßnahmen, wirkt quasi wie Inflation. Es wird etwas teurer hergestellt, als es am Markt gekauft und verkauft werden kann. Mit der Differenz zwischen Herstellungskosten und Marktpreis werden die Bürger und die Wirtschaft belastet. Es wird Kapital vernichtet, das sonst für Investitionen und Konsum zur Verfügung stünde.

**Energiepolitik:** Leider kommt das Festhalten an Atomkraft mittlerweile politischem Selbstmord gleich, aber das ist kein Grund die teuerste Stromproduktionsmöglichkeit, die es gibt, Wind und Sonnenkraft, zu Lasten der Bürger und der Wirtschaft weiter auszubauen, anstatt unseren Außenhandelsüberschuss im Sinne der anderen EU-Mitglieder durch Stromimporte zu reduzieren.

Die Bundeskanzlerin sagt, „um das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller zu erreichen, müssten ..... neue Speichertechnologien entwickelt werden“.

Also nicht nur gebaut, sondern entwickelt, weil sie noch nicht erfunden sind. Unter dieser Prämisse Windkraft und Photovoltaik weiter auszubauen, ist, wie Kühe melken, wenn man keine Milchkanne hat.

Der Windpark Baltic I kann nach Unternehmensangaben 50 000 Haushalte, und später soll Baltic II 340 000 Haushalte mit Strom versorgen können.

Niemand sagt den Bürgern, dass das übers Jahr nur unregelmäßig verteilte ca. 2100 Stunden möglich ist und diese 390 000 Haushalte ca. 6600 Stunden im Jahr keinen Strom haben, wenn die von der Kanzlerin geforderte Entwicklung von Speichermöglichkeiten nicht stattgefunden hat. FAZ 3.5.11

FAZ 24.4.11

Die Subventionskosten für Strom aus erneuerbaren Energien erreichen mittlerweile bis zu 70% des Handelspreises an der Strombörse. Ab 2013 werden es über 100% sein.

FAZ 4.5.11

Minister Röttgen sagte bezüglich der Erneuerbaren, „damit eröffne sich die Chance, Tausende neue Arbeitsplätze zu schaffen“. Das sind dann von der Gesamtbevölkerung alimentierte Arbeitnehmer.

Antwort: Warum die 300 000 Arbeitsplätze negativ zu bewerten sind, habe ich ausführlich erläutert unter: [www.politikbetrachtung.de](http://www.politikbetrachtung.de) „Ordnungspolitik und EEG“ ab Seite 4, letzter Absatz.



FAZ. 6.5.11

Röttgen: Strom aus Windkraft soll dann produziert werden, wenn der Preis hoch ist, also nachgefragt wird. Wann sagt endlich jemand dem Minister, dass die Stromproduktion aus Windkraft nicht steuerbar ist?

Die Betreiber von Windparks sollen sich mit denen von Kühlhäusern zusammenschließen, um einen für beide Seiten vorteilhaften Preis auszuhandeln.  
Der Kühlhausbetreiber, der nicht mit einem Stromlieferanten einen Preis unter der Vergütung für Windkraft ausgehandelt hat, ist nicht wettbewerbsfähig.

Minister Röttgen will die Windkraftbetreiber mit 200 Millionen Euro dazu verführen auf 500 – 700 Millionen Euro Ansprüche aus dem EEG zu verzichten.  
Ich denke, das bedarf keiner Erläuterung.

Produziert das EEG die größte Blase aller Zeiten.  
Das Spiel heißt „des Kaisers neue Kleider“. Heute ist das Volk der Souverän. Wann wird jemand so laut rufen, dass das Volk aus seinem Wahn erwacht.

Wenn Röttgen sagt, wir Deutschen stemmen das, alle Kraft in die neue Sache. Diese Kraft, das ist unser Geld, das Vermögen des Volkes. Hybris.

Strom: Immer wenn die Wirtschaft durch Subvention wächst, entstehen auffällige Strukturen, deren Restrukturierung mehr kostet als ihr Entstehen. Raus aus der Sackgasse kostet immer ein Vielfaches des Reins in die Sackgasse.

Zahl der Woche in der FAZ am 15.10.11  
36,28 Euro je Stunde betragen die Arbeitskosten in Deutschland, in China liegt die Summe aus Lohn und Personalzusatzkosten bei 2,69 Euro je Stunde.  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

### 1. Quartal 2012

AKW sind eine hypothetische Gefahr. Wind- und Sonnenenergie ist eine reale Gefahr für unsere Volkswirtschaft.

Der bayrische Umweltminister sagt, weil die konventionelle Stromerzeugung zu teuer werde, müsse man auf die Erneuerbaren ausweichen.

Schwarz/Gelbe Regierung in Niedersachsen erwägt die Stromnetze zu verstaatlichen, um die Energiewende nicht zu gefährden. Tatsächlich würde der letzte verbliebene Rest von Marktvernunft ausgeschaltet.

Ausbau der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien ohne Stromspeicher ist wie, wenn bei einem Kranken zur Vorbereitung der Nierentransplantation die kranke Niere entfernt wird, ohne dass eine gesunde Spenderniere vorhanden ist.

---

Ende April 2012 verlangt der bayerische Finanzminister Söder den Steuersatz für Ökostrom zu ermäßigen und bei dem Neubau von Gaskraftwerken den Abschreibungssatz zu verdoppeln.

Der Hydra gleich zeigt das EEG nach jeder Korrektur neue Fehler und verlangt immer wieder neue Korrekturen für das längst gescheiterte planwirtschaftliche Gesetz. Das Verlangen

nach Steuervergünstigung mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der konventionellen Stromerzeugung zu begründen, beweist den Mangel an Verständnis für ordnungspolitische Zusammenhänge. Die Nichtwettbewerbsfähigkeit ist nicht zu ändern, die Folgen sollen nur kaschiert werden mit einer Verlustverlagerung vom Verbraucher auf die Steuerzahler, ein sinnloses Verlagern aus der linken Tasche in die rechte Tasche.

FAZ120507

---

### Brief an Bundesminister Ramsauer im Zusammenhang mit der Kraftstoffpreisentwicklung.

Laut FAZ vom 20.4.12 sagten sie in Kassel, „es sei an der Zeit dem Oligopol Fesseln anzulegen. Ihnen sei dazu jedes Mittel recht“. Aber Preiserhöhungen mit Voranmeldung und/oder nur einmal am Tage können das Problem auch nicht lösen. Ursache des Problems ist, es gibt keinen Markt, deshalb kann nur die Herstellung von Markt eine Lösung bringen. Überall wo marktmächtige Unternehmen vertikal gegliedert sind, das heißt, wo Erzeugung und Vertriebswege in wenigen jeweils gleichen Händen liegen, ist der Verbraucher benachteiligt. So ist z.B. der überwiegende Teil der Treibstofftankstellen im Besitz weniger großer Gesellschaften, die auch im Besitz der Raffinerien sind und teilweise auch selbst Rohöl fördern.

Vor Kurzem hörte man die Schwarz/Gelbe Regierung in Niedersachsen wolle eventuell zwecks Baubeschleunigung die Stromnetzbetreiber verstaatlichen, was einer entgeltlichen Enteignung entspräche. Im Kraftstoffbereich würde es reichen, die Ölkonzerne zu zwingen ihre Tankstellen an die Pächter zu verkaufen. Bei Ablehnung des Pächters an andere einzelne Dritte. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau sollte veranlasst werden, dort wo es gewünscht wird, bei der Finanzierung zu helfen. Eine Finanzierung bzw. Kaufpreiskreditierung durch die Ölkonzerne muss ausgeschlossen werden. Die Ermittlung des gerechten Kaufpreises sollte unter staatlicher Aufsicht von vereidigten Sachverständigen begleitet werden. Die Markenbindung wird aufgehoben. Die Tankstellen können kaufen, wo sie wollen, auch im Ausland, und die Verkaufspreise selbst bestimmen. Sie können an jeder Tanksäule anzeigen, wessen Kraftstoff z.Z. angeboten wird. Sie können es jedoch auch unterlassen und den Kraftstoff anonym verkaufen. Das Ergebnis aller vorgeschlagenen Maßnahmen wäre die Kraftstoffpreisbildung am Markt. Möglicherweise führte dies zu einer Ausdünnung des Tankstellennetzes, was aber weder die Verbraucher noch den Markt einschränken würde.

Kraftstoffpreise2012

---

### 10.3.2012 Seite 14, Opposition lehnt Kürzung der Solarförderung ab.

1. „Sie wolle offenbar nicht mehr am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten“, wirft die Opposition der Regierung vor. Ihr ist zu antworten, es besteht kein Zusammenhang zwischen Ausstieg einerseits und Wind- und Sonnenenergie andererseits. Es ist im Hinblick auf die Versorgungssicherheit absolut ausgeschlossen eine steuerbare Energie –Atomstrom- durch nichtsteuerbare Energien –Wind und Sonne- zu ersetzen.
2. Ulrich Kelber sagt: „Die Regierung biete Investoren keine Verlässlichkeit.“ Ihm ist zu sagen, Unternehmen, die ihr Geschäftsmodell abhängig machen von der Dauerhaftigkeit staatlicher Subventionen, handeln verantwortungslos.
3. Der Grünen-Politiker Hans-Josef Fell fragt: „Was ist das für eine Industriepolitik?“ Ihm ist zu antworten, die Regierung macht keine Industriepolitik zu Lasten aller Bürger. Wenn sie die Wirtschaft fördert, dann nur im Interesse aller Bürger, um die soziale Leistungsfähigkeit des Landes zu verbessern. Was Fellner will, ist die Begünstigung einer Grünen subventionslüsterner Klientelgruppe zu Lasten aller Bürger.

Auf Seite 15 wirft der Kraftwerksprojektierer Solarhybrid der Regierung vor, sein Geschäftsmodell zu gefährden. Es ist fast nicht zu glauben, mit welcher Schamlosigkeit sich hier ein „Unternehmer“ zu seiner Abhängigkeit von der Droge Subvention bekennt.

FAZ120313Solar

---

### Warum wir Stromspeicher brauchen:

#### Pumpspeicherkraftwerke:

In den 25 Pumpspeicherwerken in Deutschland sind laut Fraunhofer-Institut, Kassel und dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Stuttgart (Quelle FAZ) 40 GWh gespeichert. Bei einem Tagesverbrauch von ca 1450 Gigawattstunden reicht der gesamte in Deutschland gespeicherte Strom rein rechnerisch für 40 Minuten. Zum Ausgleich möglicher Schwankungen verlangen die beiden Institute eine Speicherkapazität von 20 000 GWh, das wären 12 500 Pumpspeicherwerke im bisherigen Größenmix. Das scheitert schon an der Topographie und weiterhin an der Besiedelungsdichte Deutschlands und auch an den Kosten. Der Energieverlust in Pumpspeicherkraftwerken beträgt ca. 25%.

#### Eine zweite Möglichkeit.

Überschüssiger Strom wird zur Elektrolyse genutzt und Wasserstoff erzeugt. Der wird zusammen mit CO<sub>2</sub> zu Methan als Erdgassubstitut konvertiert. Das kann in Gasspeichern und Leitungen zwischengelagert werden. In Gaskraftwerken wird aus Gas wieder Strom. Bis aus Strom Gas wird, entsteht ein Verlust von 35 – 40%. Neue GuD-Kraftwerke (Gasturbinen und Dampfkraft), in denen aus dem Gas wieder Strom erzeugt wird, arbeiten mit einem Wirkungsgrad von ca. 58.4%. Daraus errechnet sich für den gesamten Speicherprozess ein Gesamtverlust von 62 – 65%, wobei die Investitions- und Handlungskosten für die verschiedenen Prozessschritte noch hinzukommen. Das scheitert an den Kosten.

Bei jedweder Stromspeicherung, auch bei zukünftig zu erfindenden, entstehen Kosten, einerseits Investitions- und Handlungskosten hinsichtlich der Wandlung in das Speichermedium und der Rückwandlung in Strom und andererseits Kosten für die Lagerung des gewandelten Speichermediums.

Da die Produktionszeit für Strom aus Windkraft und Photovoltaik nicht steuerbar ist, die Produktionszeit aber naturbedingt für beide gemeinsam maximal nur in 25% der Zeit möglich ist, müssen für 75% der Zeit Personal und Produktionsmittel in Bereitschaft vorgehalten werden. 75% Kosten im Bereich der Wandlung entstehen also für Leerlauf, weil die Zeit des Speicherns gleich der Zeit der Stromproduktion nicht steuerbar ist, müssen Personal und Produktionsmittel ständig bereitstehen.

---

### 13.2.2012 „Hessen bei der Windkraft weit hinten“.

Laut Energiegipfel braucht Hessen pro Jahr 40 Terawattstunden Strom. Der Verbrauch wird bis 2050 nicht sinken, weil die sinkende Zahl der Arbeitskräfte nur durch stromverbrauchende produktionstechnische Innovationen ausgeglichen werden kann. Bis 2050 sollen 28 von 40 Terawattstunden durch Windkraft erzeugt werden.

$\frac{40000 \text{ GWh}}{8760 \text{ St}} = 4.566 \text{ GWh}$  ist der durchschnittliche Stundenverbrauch in Hessen.

Also decken 28 TWh = 28 000 Gigawattstunden den Strombedarf von 6 132 Jahresstunden. In Hessen beträgt der durchschnittliche Ausnutzungsgrad der Windenergie 18.5%. Das heißt, Windenergie kann auf Grund der Wetterverhältnisse je Jahr nur in ca. 1620 Stunden

Strom erzeugen. Das bedeutet, rein rechnerisch soll an 1620 Erzeugungstunden eine in Hessen nicht nutzbare Überproduktion von ca. 20 600 GWh entstehen. Die werden den Erzeugern mit ca. 9 -13 Cent pro KWh vergütet und müssen dann zum Marktpreis von 5 - 6 Cent weiterverkauft werden. Die Preise können sich ändern, die Proportion der Differenz wahrscheinlich nicht. Der günstigstenfalls entstehende Verlust von jährlich ca 824 Millionen € wird auf alle deutschen Stromverbraucher umgelegt. Die Bürger außerhalb Hessens werden aber nicht benachteiligt, da in ihren Bundesländern vergleichbare Energiepolitik betrieben wird, gleichen sich die Folgen des Unsinns aus. Da aber zusätzlich auch noch Strom durch Photovoltaik erzeugt wird und bei der Photovoltaik die Proportionen noch viel schlechter sind, steigert sich das Desaster ganz erheblich. Möglichkeiten, Erfindungen einer verlustfreien Stromspeicherung zu ökonomisch vertretbaren Preisen, sind nicht in Sicht. (Siehe: [www.politikbetrachtung.de](http://www.politikbetrachtung.de) >Energiewende 2011)

Beim Wettlauf um die optimale Energieversorgung, insbesondere hinsichtlich Versorgungssicherheit und Preis-Leistungs-Verhältnis hinkt nicht nur Hessen, sondern in ganz Deutschland soweit hinterher, dass man sich, so ist, aus den Regierungsverlautbarungen zu schließen, kurz vor der Übrerrundung durch andere so fühlt, als würde man das Feld anführen.

Wie die geplante Informationsinitiative mit der gleichzeitigen Akzeptanzinitiative verknüpft werden soll, ist mir ein Rätsel, denn wenn sachgerecht und ausführlich informiert wird, ist Akzeptanz ausgeschlossen. Wenn man Akzeptanz will, muss Information, wie schon bisher, weiterhin vermieden bzw. unterdrückt werden.

Die zuständige Ministerin sollte darlegen, möglichst in dieser Zeitung, wie sie dieses Dilemma auflösen will oder ob und welche Fehler im vorstehenden Text enthalten sind.

FAZ120219

---

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich komme gerade von <http://www.die-stromsparinitiative.de/>

Was ich gesehen habe, ist ein weiterer neuer Kopf der Hydra namens EEG. Ich sah den Versuch mit einer Xten Stütze, die mit dem EEG auf den Kopf gestellte Ordnung(spolitik) zu stabilisieren. Dem Markt wurde per Gesetz verboten, die Interessen der Verbraucher zu bedienen. An seine Stelle trat das EEG. Und jetzt sollen Verbraucher und Verbrauch an das EEG angepasst werden.

Weiterhin habe ich gelesen, sie wollen den Ausbau der Photovoltaik und Windenergie bis 2020 auf 40% der Stromproduktion „begrenzen“. Das hat Greenpeace so empört, dass sie bei dem IÖW (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH) ein ihre Empörung stützendes Gutachten kauften, das ich auf meiner Homepage unter: Briefe-Energie-2012 ab Seite 4 gutachtend kommentiere. Mir ist von amtlicher Seite bereits zweimal bestätigt worden, dass Strom aus Wind und Sonne in Deutschland auf Grund der klimatischen Verhältnisse usw. in nur 25% der Zeit produziert werden kann. Da schon jetzt bei starkem Windaufkommen und Sonneneinstrahlung erheblicher Stromüberschuss entsteht, der teilweise zu negativen Preisen veräußert werden muss, entsteht die Frage, was geschieht zukünftig, wenn 40% Strom in 25% der Nutzungszeit produziert wird, mit dem immer häufiger auftretenden immer größeren Stromüberschuss? Ist es dann nicht geboten die Verbraucher zu ermuntern bei Sonnenschein und/oder wehendem Wind so viel wie möglich zu verbrauchen damit nicht zu negativen Preisen verkauft werden muss oder wie am 26.11. aus der FAZ zu erfahren ist, die Windmühlen abgeschaltet und der nicht produzierte Strom trotzdem von den (Nicht-)Verbrauchern bezahlt werden muss?

Bei „Energiewende auf gutem Weg“ lese ich dann auf Seite13: „..... Das Anpassen an die Erfordernisse eines Energiesystems mit hohem Anteil erneuerbarer Energien sind

erforderlich, um in Zukunft eine effiziente, gesicherte und zuverlässige Stromübertragung bzw. Stromverteilung gewährleisten zu können“. Gesicherte Stromversorgung fehlt bereits. Im folgenden Absatz: „Ergänzend können Speicher künftig die schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgleichen. Langfristig ist deshalb der Ausbau von Speicherkapazitäten wichtig und geboten. Der Speicherbedarf hängt u.a. davon ab, ob wir unsere Stromnetze wie vorgesehen ausbauen und flexibilisieren können und wann Stromspeicher wirtschaftlich und technisch verfügbar sind. Zuerst muss deshalb weiter in Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien investiert werden“.

**Was würde wohl mit dem Vorstand eines großen Industrieunternehmens geschehen, der die Produktion eines schnellverderblichen Produkts durch Investitionen und Neueinstellungen um 50% steigert, für das es weder entsprechende Verkaufs- noch Lagermöglichkeiten gibt?**

An anderer Stelle der Stromsparinitiative lässt das Umwelt Bundesamt einen Hendrik Falkenstein aus Auerbach fragen „Gibt es schon ausgereifte Energiespeicher für erneuerbare Energien?

In der Antwort wird verwiesen auf „technisch ausgereifte Pumpspeicherwerke“, ohne auf die deutschen Topographieprobleme einzugehen.

Ebenfalls aufgeführt werden mit 50% Verlust arbeitende unterirdische Druckluftspeicher, ohne zu erklären, dass Verlust, Handlungs- und Investitionskosten zu einer annähernden Verdreifachung des EEG-Vergütungspreises führen.

Der anschließende Hinweis auf Wärmespeicher verdeutlicht nur die Hilflosigkeit.

Wie beurteilen sie die Seriosität all des in Verantwortung ihres Ministeriums gesagten? Ich habe mir ein Urteil gebildet, aber ich werde trotzdem weiterhin in unserer gemeinsamen Partei für eine marktkonforme und für die Volkswirtschaft verträgliche Energiepolitik eintreten. Wann, Herr Minister, werden auch sie damit anfangen?

---

## Hydra

Alle Sonder- und Folgeeregeln und Folgegesetze, die sich mittlerweile um das EEG ranken, sind der Beweis für die Unsinnigkeit dieses Gesetzes. Das EEG ist ein der Hydra gleiches Gesetz, wie fast immer in der Planwirtschaft. Weil der Markt ausgeschaltet ist und Fehlentwicklungen nicht verhindern darf, müssen fortlaufend negative Folgen des EEG repariert werden, wobei die Reparaturen neben den gewünschten Folgen wiederum neue negative Nebenwirkungen zeigen, die repariert werden müssen. So wird das weiter gehen.

Der Markt wird für die sogenannten Erneuerbaren Energien zu 100% suspendiert. Zwangsabnahme der gesamten Produktionsmenge unabhängig vom Bedarf, Preise werden vom Staat festgesetzt und für 20 Jahre garantiert.

Netzausbau für die Umverteilung von Strom, der über das nur zur Versorgung Notwendige deutlich hinausgeht. > Widerstand der örtlich Betroffenen. > Zusätzliche unnötige Kosten.

Wegen der Fluktuation muss/soll in das Verbrauchsverhalten eingegriffen werden. Dies geschieht mit Hilfe von sogenannten „Intelligenten Netzen“.

Auf Grund der Abnahmegarantien steigen Häufigkeit und Menge des zu negativen Preisen verkauften Stroms. Je mehr Leistung bei Windkraft und Photovoltaik installiert wird, je mehr Stand-by-Leistung wird gebraucht und wird die EEG-Umlage weiter steigen lassen.

Um den Stromintensivverbrauchern die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, werden sie von den EEG-bedingten Zusatzkosten befreit.

Unter den nicht von der Umlage befreiten Unternehmen wächst der Kreis, der sukzessive seine Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Unrentable Kraftwerke sollen nicht schließen dürfen. Der Produktionsausfall in den Stillstandszeiten wird über die EEG-Umlage subventioniert. Sehr große Verbraucher sollen zum Abschalten gezwungen werden können. Vergütet wird deren Schaden über die EEG-Umlage vom Verbraucher.

Konventionelle Stromerzeugung verliert ihre Rentabilität. Für neue konventionelle Kraftwerke werden Subventionen nötig.

Laut FAZ. Vom 6.12.2012 soll der Strom bei Versorgungsengpässen jeweils regional für 1 ½ Stunden für alle Verbraucher abgeschaltet werden können. Die FAZ beruft sich auf Informationen vom ENBW-Vorstand.

**Prognose:**

Die Fuge zwischen den europäischen Strompreisen und den deutschen Strompreisen weitet sich zur Schlucht. Immer mehr Unternehmen muss die Befreiung von der steigenden EEG-Umlage gewährt werden. Alternativ müssen Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlegen oder Importeur ausländischer Produktion werden oder untergehen. Für private Haushalte werden die heute noch abgelehnten steuersubventionierten Sozialtarife eingeführt.

Der Energiemarkt, Produktion und Handel, braucht Regeln wie jeder andere Markt auch. Das EEG regelt nicht, es schließt Markt aus. Es bindet und lenkt die Teilnehmer am Pseudomarkt. Sie agieren wie Marionetten. Das ist so effizient wie ein Fußballspiel mit Robotern statt Spielern.

Ich bin ganz sicher irgendwo denkt irgendwer nach über den nächsten Kopf der Hydra, oder denken Mehrere nach über mehrere neue Köpfe der Hydra.

---

Zusammenfassend kann man sagen, selbst wenn entgegen meiner Prognose es möglich werden sollte, mit Windkraft und/oder Sonnenenergie Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen zu erzeugen, wird das nichts nützen, weil Speicherkosten oder alternativ die Stand-by-Kosten hinzuzurechnen sind. Das wird immer so sein, deshalb gilt für immer:

**Strom aus Wind- und Sonnenenergie kann niemals wettbewerbsfähig werden!  
Die weitere Verteidigung einer Fata Morgana führt nur weiter in die Sackgasse.**

Am 8.12.2012